



## 3 Fragen – 3 Antworten

mit Prof. Dr. Hubert Weiger

Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.  
(BUND)\*,  
Ratsmitglied seit 2013

### ***Mit welcher Motivation arbeiten Sie im Rat mit?***

Eine nachhaltige Entwicklung ist die Grundlage für eine dauerhafte und friedliche Entwicklung auf unserem Planeten. Nachhaltigkeit bedeutet und ermöglicht eine doppelte Gerechtigkeit – gegenüber den zukünftigen Generationen und zwischen dem globalen Süden und Norden. Es muss uns gelingen, die Bedürfnisse aller Menschen weltweit zu sichern und zugleich die ökologischen Grenzen des Wirtschaftens zu wahren. Diese Entwicklung voranzubringen ist meine Hauptmotivation für die Mitarbeit im Rat für nachhaltige Entwicklung.

Unser Anliegen hat in den letzten Jahren und ganz besonders im vergangenen Jahr ungeahnt an Aktualität gewonnen. Die planetaren Grenzen werden mit den bereits sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher sichtbar. Und die große Zahl von Menschen, die sich aktuell auf der Flucht nach Europa befinden, stärkt die Einsicht, dass es unsere Aufgabe sein muss, das Leben überall auf der Welt lebenswert zu gestalten. Das betrifft selbstverständlich faire Wirtschaftsstrukturen, Demokratie und Mitbestimmung – und es erfordert, die ökologischen Grundlagen zu erhalten: mit einer zukunftsfähigen Energieversorgung und Landwirtschaft, mit einer deutlichen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und Sicherung der biologischen Vielfalt.

Ich schätze die grundsätzlichen und zugleich engagierten, lösungs- und politikorientierten Debatten im Rat, wo die unterschiedlichen gesellschaftlichen Sichtweisen zusammenkommen: Umwelt- und Entwicklungspolitik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kirche, Gewerkschaft und Kommunalpolitik. Gesellschaftsgruppenübergreifende Debatten sind hier möglich, und wir brauchen genau diese für die grundlegenden Veränderungen, die wir insbesondere in den Industrieländern in den nächsten Jahren angehen müssen.

### ***Wie sehen Sie die Nachhaltigkeitspolitik: Wo gibt es Fortschritte – oder dreht sich die Sache im Kreis?***

Seit 1987 die Brundtland-Kommission Nachhaltigkeit zum Schlüsselbegriff für generationenfähiges und zukunftsfähiges Wirtschaften machte und die Konferenz in Rio 1992 dies mit der Agenda 21 verstärkte, hat sich viel getan. Doch je bekannter der Begriff wurde – und je stärker sich das sogenannte Drei-Säulen-Modell durchsetzte –,

\* Titel zur Zeit der Berufung



desto schwächer, weichgespülter und in Teilen auch kontraproduktiv hat sich das allgemeine Verständnis von Nachhaltigkeit entwickelt.

Mittlerweile liefern fast alle namhaften Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte ab – welche Technologien auch immer sie erzeugen, welche Emissionen auch immer sie absondern. Auch die Politik gewährt den Stempel Nachhaltigkeit beinahe beliebig: ihrer Finanzpolitik, ihrer Rentenpolitik, der Wirtschaftspolitik – wie viel oder wenig diese mit dem Ausgangskonzept zu tun haben mag. Und dennoch halte ich es für sinnvoll und richtig, dass wir beharrlich festgehalten haben am Leitbild einer – ökologischen und gerechten – nachhaltigen Entwicklung. Aktuell sind wir an einem Punkt, wo es chancenreich erscheint, wieder mehr Trennschärfe in die Debatte zu bringen. Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der UN treten neue Akteure auf die Bühne, die sich für eine umfassende Politik in internationaler Verantwortung einsetzen. Die verstehen, dass die Wahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die unbedingte Basis dafür ist, Hunger und Armut zu beenden.

Die Sustainable Development Goals bauen auf die planetaren Grenzen. In der Konsequenz müssen vor allem die Gesellschaften der Industrieländer ihre Produktions- und Konsummuster ändern. Tatsächlich wächst die Skepsis der Menschen hierzulande, dass Wirtschaftswachstum, Effizienz und technische Lösungen allein unsere Probleme lösen werden. In der Fachwelt, in der Zivilgesellschaft und auch in der Politik bekommen Suffizienzstrategien eine zunehmende Aufmerksamkeit. Hier kommt der Politik eine zentrale Rolle zu, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Preise müssen die sozial-ökologische Wahrheit sprechen. Es gilt, politische Bedingungen so zu schaffen, Impulse und Anreize so zu setzen, dass ein ressourcenleichteres Leben möglich wird. Ob die Bundesregierung erfolgreich in Sachen Nachhaltigkeitspolitik ist, wird sich nicht zuletzt auch an der Frage entscheiden, ob es endlich gelingt, den täglichen Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar zu begrenzen, so wie es die Nachhaltigkeitsstrategie seit über zehn Jahren fordert.

### ***Was wünschen Sie sich vom Nachhaltigkeitsrat in Zukunft?***

Ich wünsche mir vom Nachhaltigkeitsrat für die Zukunft, dass wir diese Fragen – sozial-ökologische Transformation, Suffizienz, lebenswerte Bedingungen überall auf der Welt – verstärkt aufgreifen und in den gesellschaftspolitischen Diskurs bringen. Ich wünsche mir, dass wir der Aufgabe, die Bundesregierung zu beraten, mit größtem Nachdruck nachkommen. Nachhaltigkeit muss politikbestimmend werden für die Regierungspolitik aller Ressorts, sei es das Umwelt-, das Wirtschafts-, Landwirtschafts- oder Verkehrsministerium. Dafür brauchen wir – unter anderem – eine ambitionierte und verbindliche Nachhaltigkeitsstrategie und wirksame Umsetzung der globalen Ziele. Der Rat hat mit seinen differenzierten Äußerungen zu zentralen Fragen in der Klimaschutz- und Ressourcenpolitik, zu Boden und Fläche, Hochschulen und Wissenschaft über 15 Jahre viel dazu beigetragen, die Debatte um eine zukunftsfähige Entwicklung in unserer Gesellschaft zu gestalten. Dasselbe gilt für eine Vielzahl an Kommunikationsmaßnahmen, für Dialoge zwischen den Generationen, mit Oberbürgermeistern und Kommunalpolitikerinnen. Hier kann ich mir nur wünschen: Weiter so!